



BUND NRW

Jahresbericht 2017

Inhalt

Vorwort	3
Rote Linien gegen Kohle	4
Hambacher Wald retten	6
Unendlich viel Energie	8
Ewigkeitslasten für alle	9
Recht auf saubere Luft	10
Mobilitätswende	11
Für umweltgerechte Landwirtschaft	13
Aktiv im Obstwiesenschutz	16
Für biologische Vielfalt	17
Nationalpark OWL	19
Schutz des Wassers	22
Nachhaltig wirtschaften	25
Mitmachverband BUND	26
Unsere Finanzen	28
Anwalt der Natur	30
BUNDjugend aktiv	32
Impressum	35



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

Ich freue mich, Ihnen hiermit unseren bun(d)ten Rückblick auf das Jahr 2017 präsentieren zu dürfen. Er spiegelt in beeindruckender Weise wider, wie vielseitig und erfolgreich der BUND auf Landesebene, mit seinen Arbeitskreisen, Orts-, Kreis- und Regionalgruppen unterwegs ist. Ob Energiewende, Klimaschutz, tiergerechte Landwirtschaft, der Schutz unserer biologischen Vielfalt oder die Umweltbildung – der BUND ist Motor, wenn es darum geht, unser Land Stück um Stück lebenswerter zu gestalten.

Das vergangene Jahr war beispielsweise geprägt durch unsere Rote-Linien-Aktionen, bei welchen viele tausend Menschen für den Kohleausstieg und für die Energiewende demonstrierten. Schließlich konnten wir durch unser juristisches Engagement erwirken, dass die Kettensägen im Hambacher Wald – erstmalig überhaupt in der Geschichte des Braunkohletagebaus Hambach – während der winterlichen Rodungsphase still standen.

Erfolge wie diese spiegeln sich auch in der wachsenden Zahl der Mitglieder und Aktiven wider: die Zahl der BUND-Gruppen in NRW ist weiter gewachsen, und erstmalig sind über 30.000 Menschen Mitglied im BUND NRW.

Wir machen überall im Lande vor, wie es geht: durch BUNDgruppen betreute Wälder, Wiesen und Weiden sind Blaupausen dafür, wie man mit dem Erhalt der biologischen Vielfalt eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben meistert. Und in unseren Umweltbildungseinrichtungen wird für jeden Besucher, ob Bauer, Kleingärtner oder Nachbar, erlebbar, dass das sogar Spaß macht.

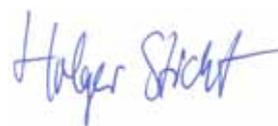
Ein weiteres BUND-Markenzeichen ist seine Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft. Unsere finanzielle Basis sind die Mitgliedsbeiträge, auf institutionelle



Förderung und zweifelhafte Spenden verzichten wir. Wir setzen bewusst auf die Menschen, die gerne Teil der guten Sache sind.

Ich danke allen Mitgliedern, Spendern und Mitarbeiter*innen! Sie alle haben dafür gesorgt, dass dieser Jahresbericht wieder eine Erfolgsbilanz geworden ist.

Herzlichst, Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Holger Sticht".

Holger Sticht
BUND-Landesvorsitzender



Rote Linien gegen Kohle

Das Jahr 2017 war das Jahr der Roten Linien gegen Kohle. Mit zahlreichen Aktionen protestierten der BUND und seine Verbündeten gegen das Festhalten an diesem klimaschädlichsten aller Energieträger und für die Energiewende.

Bis hierhin und nicht weiter

Mit dem durchgehenden Narrativ der „Roten Linie“ setzte der BUND ein von Öffentlichkeit und Medien viel beachtetes Zeichen für den Kohleausstieg. Ob vor der Staatskanzlei von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, anlässlich der Tour der France am Rande des Braunkoh-

lentagebaus Garzweiler oder bei den verschiedenen Aktionen im Hambacher Wald: Zigtausende rot gekleidete Menschen formulierten die klare Botschaft eines „Bis-hierhin-und-nicht-weiter“.

Ein besonderes Highlight war dabei die rote Menschenkette entlang der alten Trasse der Autobahn A 4 im Hambacher Wald und auf dem BUND-Grundstück im Tagebauvorfeld. 3.000 Menschen, darunter viel bundespolitische Politprominenz, waren gekommen, um einen Stopp des Tagebaus zu fordern.

RWE versus BUND

Derweil hält auch der BUND-Widerstand gegen die von der RWE Power beantragte Grundabtretung seines Widerstands-Ackers an der Abbaukante des Tagebaus Hambach an. Dieses Grundstück blockiert den Braunkohlen-Baggern den Weg. Gelingt die Zwangsenteignung nicht, blieben der Umwelt der Abbau von etwa 400 Millionen Tonnen Braunkohle und der Atmosphäre eine ebensolche Menge des Treibhausgases Kohlendioxid erspart. Auch das FFH-Gebiet Steinheide würde durch einen Puffer geschützt. Der von RWE beantragte massive Eingriff in die Grundrechte des BUND ist heute weniger denn je begründbar. Denn angesichts historisch hoher Braunkohlenstromexporte gehen ohne die rheinische Braunkohle die Lichter in Deutschland nicht aus.



Weltklimakonferenz in Bonn

Mehr als 1,5 Grad Celsius wärmer soll es im globalen Mittel nicht werden. Das hatten die Vereinten Nationen auf dem Pariser Klimagipfel vereinbart. Doch wie soll das Ziel erreicht werden? Das stand auf der Agenda des UN-Klimagipfels COP23 im November 2017 in Bonn. Der BUND und seine Partnerorganisation Friends of the Earth International waren mit einem Großaufgebot dabei.

Unserem Aufruf zur Demo „Klima schützen - Kohle stoppen“ waren 25.000 Menschen gefolgt. Gemeinsam mit den Pacific Climate Warriors und anderen internationalen Gästen zog der bunte Lindwurm durch Bonn. Zuvor hatte der BUND und Friends of the Earth Europe schon vor dem Braunkohlenkraftwerk Neurath gegen den Klimakiller Braunkohle protestiert.

Die BUND-Aktivitäten stießen auch international auf viel Interesse: Im Rahmen einer klima- und kohlepolitischen Pressefahrt zum größten Tagebau Europas, dem Tagebau Hambach, bereisten auf Einladung des BUND NRW Vertreter*innen aus Ländern wie Myanmar, Bolivien, Australien und den USA die Tagebauregion und den Hambacher Wald. Mit dabei waren auch der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger und die Vorsitzende von Friends of the Earth International (FoEI), Karin Nansen.



© J. Farys

teil im Widerspruch zur bisherigen höchstrichterlichen Rechtsprechung steht. Jetzt besteht die begründete Hoffnung, dass das Urteil aufgehoben oder zumindest zur neuen Verhandlung an das Oberverwaltungsgericht zurückverwiesen wird. Derweil läuft das Kraftwerk und produziert neben vielem schädlichen CO₂ auch jährliche Betreiber-Verluste von etwa 100 Millionen Euro.

Derweil steht das benachbarte Steinkohlenkraftwerk Datteln 4 nach kurzem Probetrieb schon wieder still. Die vom BUND schon vor Jahren prognostizierten Probleme mit dem Kesselstahl erzwangen den Knock-out. Noch ist ungewiss, ob und wann der Probetrieb fortgesetzt werden kann. Ungewiss ist auch der Zeitpunkt über die Entscheidungen der gegen den Kraftwerks-schwarzbau anhängigen BUND-Klagen. Das Verfahren wurde im Hinblick auf die ausstehende Entscheidung im Trianel-Verfahren vorerst ruhend gestellt. Setzt sich der BUND durch, muss der Meiler wieder abgerissen werden.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/energiewende

Dauerhafter Kraftwerksstreit

Der langjährige Rechtsstreit um das umstrittene Trianel-Kohlekraftwerk Lünen geht weiter. Das Bundesverwaltungsgericht gab der Beschwerde des BUND gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts des Landes NRW vom 16. Juni 2016 statt. Mit dieser Entscheidung folgt das Bundesgericht der BUND-Argumentation, wonach das OVG-Ur-



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke



© J. Farys

Hambacher Wald retten

Es war ein weiterer großer Erfolg gegen die Braunkohle und für die Biodiversität: Erstmals in der 40-jährigen Geschichte des Braunkohlentagebaus Hambach standen die Kettensägen während der winterlichen Rodungsperiode im Hambacher Wald still. Der BUND hatte einen Rodungsstopp erzwungen.

Zwar hatte das Verwaltungsgericht Köln die BUND-Klage gegen die bergrechtlichen Zulassungen für den Tagebau Hambach am 24. November 2017 abgewiesen, doch der BUND gab nicht auf. Noch am selben Tag beantragten wir beim Oberverwaltungsgericht (OVG) des Landes in Münster den Erlass einer Zwischenverfügung für einen Rodungsstopp, um RWE daran zu hindern, mit der Kettensäge Fakten zu schaffen. Denn noch hatte das Gericht nicht über einen entsprechenden BUND-Eilantrag entschieden. Das OVG folgte dem Antrag und ließ gleichzeitig durchblicken, dass die BUND-Argumentation, wonach der Wald wegen seiner unbestreitbaren Eigenschaft als von der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU geschütztes Gebiet nicht erheblich beeinträchtigt werden dürfe, durchaus zutreffend sein könnte. Das hatte das VG Köln mit seiner erstinstanzlichen Entscheidung noch verneint. Dazu schlug das OVG den streitenden Parteien einen Vergleich vor: Rodungsstopp zunächst bis Ende des Jahres und Beauftragung eines Gutachters durch das Land. Der BUND signalisierte die

grundsätzliche Bereitschaft, dem beizutreten, formulierte aber unerlässliche Bedingungen. RWE zögerte und suchte einen Ausweg. Der Konzern erklärte, die Inhalte des Vergleichsvorschlags umsetzen zu wollen. Der Vergleich wurde damit obsolet.

Allerdings stand RWE vor dem Problem, ohne eine bergrechtliche Zulassung ab dem 1. Januar nicht weiterbaggern zu dürfen. Klar war aber auch, dass der BUND eine neue Zulassung inklusive Rodungsgenehmigung wahrscheinlich erfolgreich hätte beklagen können. Das sah offenbar auch das Land so und verlängerte deshalb die Zulassung des Hauptbetriebsplans bis zum 31. März 2018, untersagte aber gleichzeitig weitere Rodungen. Damit war es amtlich: Die Rodungssaison im Hambacher Wald war vorbei, bevor sie richtig begonnen hatte. Ohne eine bestandskräftige neue Rodungsgenehmigung kann RWE die Rodungen aber auch nicht im Herbst 2018 fortsetzen. Die FFH-Problematik bleibt nach BUND-Auffassung eine kaum überwindbare Hürde. Der BUND wird jedenfalls alles versuchen, den Tagebau zu stoppen und den wertvollen (Rest)Wald zu retten.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/hambach_klage





Der Kampf um den Hambacher Wald beschäftigt auch weiter die Gerichte. Nach dem BUND-Erfolg 2017 versuchen RWE und Land NRW alles, den Tagebau doch noch wie geplant fortzusetzen. Doch das Hambach-Team des BUND bleibt optimistisch. Denn noch immer gibt es viel zu retten.



© D. Jansen

Unendlich viel Energie

Das zarte Pflänzchen einer Energiewende in NRW droht schon wieder zerstört zu werden. Nicht fehlende Akzeptanz ist das Problem, sondern politische Weichenstellungen der neuen Landesregierung. Der BUND setzt seine Vision „100 % Erneuerbare Energien“ dagegen und kämpft für einen naturverträglichen Nutzung von Sonne, Wind, Biomasse und Co. Denn mit einem Anteil von lediglich 13 Prozent an der NRW-Stromerzeugung führen diese Energieträger noch ein Schattendasein.

Windenergie und Naturschutz

Ende 2017 waren in Nordrhein-Westfalen 3.630 Windkraftanlagen mit einer installierten Leistung von etwa 5,5 Gigawatt in Betrieb. Der überwiegende Teil der Anlagen wurde konfliktfrei errichtet. Dazu leistet auch der BUND seinen Beitrag, indem er sich immer wieder in Planungen einmischt, sachlich über die Chancen und Risiken aufklärt und den direkten Draht zu den Betreibern sucht. Als „Lastesel“ der regionalen Energiewende kommt dem weiteren naturverträglichen Ausbau der Windenergienutzung eine zentrale Rolle zu. Doch die bisherige Entwicklung droht jetzt abgewürgt zu werden. Die neue Landesregierung will gegen Bundesrecht verstoßende Mindestabstände zu Siedlungen einführen und regionalplanerische Vorgaben streichen, anstatt sie zu verbessern. Damit droht eine Zunahme der Konflikte. Der BUND hält in Landtagsanhörungen und mit seiner Öffentlichkeitsarbeit dagegen.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/energiewende

KlimaDiskurs.NRW

Vor fünf Jahren gehörte der BUND zu den Gründungsmitgliedern des KlimaDiskurs.NRW. Inzwischen hat sich der Verein nicht nur landesweit als Plattform etabliert, auf der die Stakeholder aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft strittige Fragen diskutieren und gemeinsame Lösungen entwickeln. Mit hochkarätigen öffentlichen Veranstaltungen, aber auch in vertraulichen Runden arbeiten wir so gemeinsam an der Zukunft. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedern, etwa dem Verband der Chemischen Industrie und dem BUND, ermöglichen es, die Themen und Fragen anzugehen, denen sich die Akteure auch tatsächlich gegenübersehen. Mit den Formaten des Brüsseler sowie des Berliner KlimaDiskurs hat der Verein jetzt seinen Wirkungsbereich erweitert. Denn so erreichen wir die Politiker*innen und Lobbyisten dort, wo die klimaschutzpolitischen Entscheidungen getroffen werden.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/klimadiskurs



© KlimaDiskurs.NRW/Alexandra Kowitzke

Ewigkeitslasten für alle

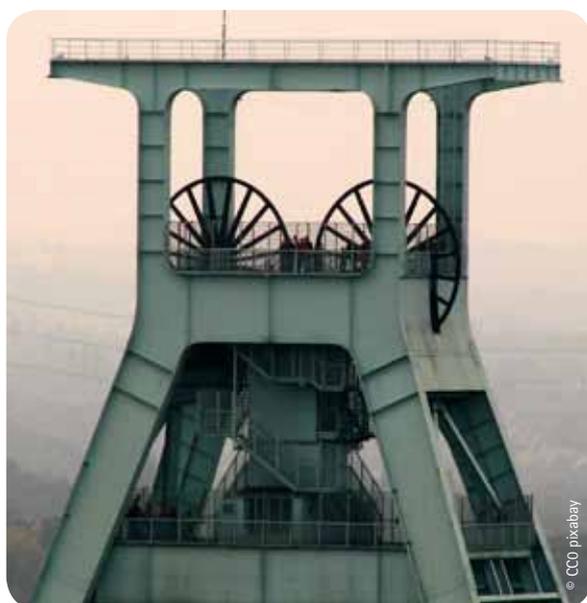
Der Bergbau geht, die Langzeitfolgen bleiben. Ende 2018 ist endgültig „Schicht im Schacht“. Dann schließt mit Prosper Haniel die letzte Steinkohlenzeche des Ruhrgebiets. Doch die Ewigkeitslasten bleiben. Nicht nur, dass wegen der Bergsenkungen auf unabsehbare Zeit die Grundwasserpumpen weiter laufen müssen, auch Giftstoffe unter Tage gefährden die Umwelt.

Auch der Braunkohlentagebau hinterlässt Langzeitfolgen, die bis heute nicht erfasst wurden. Der BUND setzt sich dafür ein, dass die Verursacher weiteren Schaden von Mensch und Umwelt abhalten.

Erfolg im Kampf gegen PCB

Etwa 12.000 Tonnen krebserzeugender Polychlorierter Biphenyle (PCB) lagern noch immer in den Steinkohlen-Bergwerken in NRW. Über das gehobene Grubenwasser gelangt dieses Ultragift peu à peu in unsere Gewässer. Auch wenn das Strafverfahren wegen Gewässerverunreinigung aufgrund der Anzeige des BUND von der Generalstaatsanwältin letztlich eingestellt wurde, wurde der BUND-Einsatz belohnt. Dem Bergbauunternehmen RAG wurde auferlegt, zwei Pilotversuche zur PCB-Eliminierung im Grubenwasser durchzuführen. Der BUND will erreichen, dass zukünftig kein Grubenwasser mehr ungereinigt in die Biosphäre gelangen darf.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/rag_altlasten



Ewigkeitslasten durch Braunkohle

Der Versuch der RWE Power AG, die Langzeitfolgen der Braunkohlengewinnung zu verschleiern, schlug nicht zuletzt aufgrund der Hartnäckigkeit des BUND fehl. Wir konnten erreichen, dass erstmalig in einem groß angelegten Untersuchungsvorhaben der Frage der Folgen des Grundwasserwiederanstiegs nach Tagebauende nachgegangen wird. Denn wenn die Grundwasserpumpen eines Tages abgestellt werden, drohen erhebliche Teile des ehemaligen Braunkohlenreviers zu vernässen. Was für die Natur gut sein mag, ist schlecht für Siedlungsgebiete. Das Vorhaben ist auf mehrere Jahre angelegt und wird von einem Facharbeitskreis beim Landesumweltamt begleitet, in dem der BUND mit seiner Expertise vertreten ist. Eines muss dabei klar sein: Der Bergbau muss für die von ihm verursachten Langzeitfolgen zur Kasse gebeten werden.

Das gilt auch für das Problem der Umweltauswirkungen der wilden Verkipfung von Kraftwerksabfällen in den Braunkohlentagebauen. Millionen Tonnen mit Schadstoffen belasteter Abfälle wurden in der Vergangenheit in den Tagebauen abgelagert. Doch was passiert nach Grundwasserwiederanstieg damit? Können Schwermetalle dadurch in die Umwelt gelangen? Auch dieser Frage wird auf Initiative des BUND aktuell mit einem Gutachten nachgegangen.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/ewigkeitslasten_braunkohle



Recht auf saubere Luft

Wir Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf saubere Luft. Doch trotzdem gehen Zehntausende vorzeitige Todesfälle in Deutschland allein auf das Konto von Stickoxiden und Feinstaub. Und die Politik bleibt untätig, ja schont sogar die Verursacher. Dagegen kämpft der BUND.

Endlich frei durchatmen

Rückblick: Gegen alle Widerstände der Automobillobby und Wirtschaft wurden in NRW im Jahre 2005 die innerstädtischen Umweltzonen durchgesetzt. Die verantwortlichen Behörden agierten damals erst, als der BUND und andere sie dazu juristisch zwangen. Der Erfolg zeigte sich schnell, die Belastungen durch Feinstaub gingen drastisch zurück. Und allen Unkenrufen zum Trotz haben darunter die lokale Wirtschaft und das Handwerk nicht gelitten.

Jetzt droht sich diese Geschichte zu wiederholen. Seit 10 Jahren werden die Grenzwerte für das gesundheitsschädliche Reizgas Stickstoffdioxid in mehr als zwei Dutzend NRW-Städten überschritten. Hauptverursacher dabei sind die Diesel-Pkw. Doch die Behörden mussten erst durch die Klagen von BUND und DUH zum Handeln gezwungen werden.

Ohne Fahrverbote für die dreckigen Dieselfahrzeuge werden die Grenzwerte nicht kurzfristig einzuhalten

sein. Allen Anfeindungen zum Trotz bleibt der BUND bei seiner klaren Haltung. In den Projektgruppen zur Fortschreibung der NRW-Luftreinhaltepläne setzen sich deshalb BUND-Aktive für den Vorrang des Gesundheitsschutzes ein. Durch die ständige Medienpräsenz in Funk und Fernsehen machen wir weiter Druck auf die Behörden.

Umweltverbund stärken

Doch Fahrverbote allein reichen nicht und sind auch keine dauerhafte Lösung. Letztendlich brauchen wir eine andere Mobilität und eine konsequente Abkehr vom Leitbild einer auto-gerechten Stadt. Stärkung des Umweltverbundes aus Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV, intelligente Logistik-Konzepte, Verknappung des Raums für den Individualverkehr und eine Stadtplanung der kleinen Wege - darin liegt unsere Zukunft. Das sichert die Lebensqualität in den Städten und nutzt letztendlich auch der Wirtschaft.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/dieselstinker_raus

Mobilitätswende

Lärm, Feinstaub, Stickoxide, CO₂-Emissionen, Flächenverbrauch: Der stetig wachsende Verkehr – ob zu Lande oder in der Luft – führt zu vielen Problemen. Die Weichen für mehr Mobilität auf der einen und weniger Verkehr auf der anderen Seite müssen daher endlich gestellt werden. Deshalb setzt sich der BUND seit Jahrzehnten für eine intelligente Verkehrspolitik ein und wehrt sich gegen unsinnige Projekte.

Sorgenkind Luftverkehr

Der Flugverkehr bleibt ein Sorgenkind der NRW-Verkehrspolitik. Seine negativen Auswirkungen werden zunehmend zu einer schweren Hypothek für Mensch und Umwelt. Trotzdem setzen die Flughafenbetreiber und große Teile der Politik auf Expansion. So will etwa der Flughafen Düsseldorf die Zahl seiner Flugbewegungen massiv ausweiten. Statt bisher 45 sollen 60 Flugbewegungen in den verkehrsreichsten Stunden erlaubt sein. Die zweite Startbahn soll durch mehr Flexibilität häufiger benutzt werden können. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren haben mehr als 41.000 Menschen gegen diese Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf ihren Einspruch geltend gemacht. Auch der BUND hat gemeinsam mit seinen Partnerverbänden eine fundierte Stellungnahme eingereicht.

Sechs Tage lang erörterten Flughafenbetreiber, Behörden, Kommunen und Betroffene im Februar 2017 die Einwendungen gegen das Vorhaben. Mit dabei auch der BUND mit seinen Experten. Die Mängel der Umweltprüfungen sind so gravierend, dass das Vorhaben nicht genehmigungsfähig ist. Mit Spannung wird jetzt

der Ausgang des Genehmigungsverfahrens erwartet. Letztendlich aber werden wohl die Gerichte entscheiden müssen.

Chance für den Wiesenpieper

Vor Gericht landete 2017 der Flughafen Köln/Bonn. Anlässlich der anstehenden Startbahnrenovierung sollten geschützte Biotope und der Lebensraum des Wiesenpiepers zerstört werden. Dagegen klagte der BUND. Letztendlich endete das Verfahren mit einem gerichtlichen Vergleich zum Wohle der Natur: Für den Wiesenpieper werden kurzfristig zusätzliche Rückzugsgebiete und für die zerstörten gesetzlich geschützten Biotope ausreichende Ausgleichsflächen geschaffen, insgesamt zusätzlich knapp 20 Hektar. Der BUND hat damit sein Klageziel weitgehend erreicht.

Einen Erfolg gibt es auch in Sachen Flughafen Münster/Osnabrück zu verbuchen. Nach jahrzehntelanger Diskussion wurde am 6. November 2017 vermeldet, dass der Aufsichtsrat des Flugplatzes Münster/Osnabrück das Ende der Erweiterungspläne beschlossen habe. Damit wird das 60 Millionen teure, ebenso umweltschädliche wie unnütze Vorhaben – hoffentlich endgültig – beendet. Auch an dieser Entscheidung war der BUND beteiligt, da er standhaft blieb und sich einem erwünschten Klageverzicht widersetzte.

.....



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/luftverkehr



A 553: Bürger*innen außen vor?

Bürgerbeteiligung gilt bei fast allen Parteien als hohes Gut – zumindest solange dadurch keine Wunschprojekte gefährdet werden. Für den ehemaligen Landesverkehrsminister Michael Groschek ist die geplante Autobahnquerspanne A 553 zwischen Köln-Godorf und Köln-Lind ein solches Prestige-Projekt. Die Rheinquerung gilt als größtes NRW-Autobahn-Neubauprojekt.

Ende März 2017 stellte Groschek in Köln eine neue Form der „sehr frühen Öffentlichkeitsbeteiligung“ unter dem Dach eines „Bündnis für Infrastruktur“ vor. Die Rheinquerung im Kölner Süden soll dafür als landesweiter Pilot dienen. Dennoch ließ der Minister keinen Zweifel daran, dass das Projekt realisiert wird.

Die BUND-Kritik kam umgehend. Es lasse sich schwer vermitteln, dass auf jeden Fall eine Brücke oder ein Tun-

nel gebaut werden soll, wenn gleichzeitig gesagt wird, dass noch alles offen sei. Ohne ernsthafte Alternativenprüfung inklusive einer Null-Variante bliebe nur eine Schein-Beteiligung.

Der BUND legte seinerseits eine Machbarkeitsstudie zur A 553 vor, die zeigt, dass diesem Projekt unüberwindbare Hindernisse wie FFH-Gebiete, Gewässer- und Artenschutz entgegenstehen, die auch im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens nicht ausgeräumt werden können. Deshalb fordert der BUND, gemeinsam Vorhabens-Alternativen zu entwickeln. Verkehrspolitik darf nicht mehr nach der „Augen-zu-und-durch“-Methode durchgesetzt werden.

Dauerstreitfall B 474n

Seit fast zehn Jahren kämpft der BUND nunmehr juristisch gegen den geplanten Neubau der Bundesstraße 474n, Ortsumgehung Datteln. Diese autobahnähnliche Straße soll der Anbindung des ebenso umstrittenen geplanten Industriegebiets newPark dienen, welches den beliebten Freiraum massiv beeinträchtigen würde. Ein Bedarf für ein so flächenintensives Großvorhaben „auf der grünen Wiese“ konnte bis heute nicht belegt werden.

Auch der geplante Straßenbau selbst wäre mit gravierenden Umweltbeeinträchtigungen verbunden. Da die newPark-Fläche fernab jeglicher Erschließung liegt, müsste die Straße über 10 Kilometer durch zahlreiche Waldflächen und geschützte Gebiete geführt werden. Insgesamt würden damit dutzende Quadratkilometer Freiraum direkt versiegelt oder verlärt. Zudem würde das europäische FFH-Schutzgebiet „Lippeaue“ durch unzulässig hohe Schadstoffeinträge belastet.

Deshalb hatte der BUND schon 2009 Klage gegen den damaligen Planfeststellungsbeschluss eingereicht. Nach jahrelangem Hin und Her bis zum Bundesverwaltungsgericht und zurück wies das Oberverwaltungsgericht des Landes NRW die Klage Ende März 2017 ab. Der BUND legte wegen des rechtsfehlerhaften Urteils erneut Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision beim Bundesverwaltungsgericht ein. Über die Beschwerde soll 2018 entschieden werden.

Ob die Richter nunmehr im Sinne des Natur- und Umweltschutzes entscheiden? Jedenfalls lehrt das Verfahren, wie mühsam es ist, die europarechtlichen Vorgaben vor deutschen Gerichten durchzusetzen.



© A. König



© D. Jansen



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/strassenbau



Für umweltgerechte Landwirtschaft

Fast die Hälfte der NRW-Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt. Das hat maßgeblichen Einfluss auf die Pflanzen- und Tierwelt, unsere Gewässer, den Boden und das Landschaftsbild. Hohe Nitratwerte belasten das Grundwasser, der Schwund an Ackerwildkräutern ist dramatisch. Der Einsatz für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft und eine gesunde Ernährung ist deshalb seit jeher eines der Kernthemen des BUND in Nordrhein-Westfalen.

Agrardemo ‚Wir haben es satt!‘

Bereits im siebten Jahr hintereinander machten wir uns auf den Weg ins winterliche Berlin. Freundlich, laut, bunt und angeführt von rund 130 Traktoren gingen wir im Januar 2017 mit mehr als 18.000 Menschen für eine

umfassende Wende der Agrarpolitik, mehr Tierschutz, für saubere Gewässer, artenreiche und vielfältige Agrarlandschaften und den Erhalt bäuerlicher Betriebe auf die Straße.

Einmal mehr organisierten BUND-Gruppen im Rheinland, Münsterland und Ostwestfalen und die BUNDjugend NRW gemeinsame Fahrten mit Bus und Bahn und mobilisierten vor Ort. Diese bunte und lebendige Mischung von Bäuerinnen und Bauern, Umwelt-, Tier- und Naturschützer*innen, Imkerei, Gärtenbau, Lebensmittelhandwerk, von Jung und Alt, die gemeinsam etwas ändern möchten, motiviert uns, nicht nachzulassen und weiterhin Druck zu machen!



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/wir_haben_es_satt



Glyphosat stoppen!

Eine unserer wichtigsten Auseinandersetzungen im Jahr 2017 galt der Wiedezulassung von Glyphosat – das meistverkaufte Herbizid der Welt. Auf fast 40 Prozent der deutschen Ackerfläche eingesetzt, trägt es maßgeblich zum Artensterben in unserer Agrarlandschaft bei, auch gesundheitliche Risiken sind weiterhin nicht ausgeräumt. Gemeinsam mit dem BUND-Bundesverband trugen wir das Thema in großen Online-Kampagnen weit in die Öffentlichkeit und bauten politischen Druck



auf. Mehr als 1,3 Millionen Menschen unterstützten die von BUND und rund 100 weiteren Umwelt-, Naturschutz- und Gesundheitsorganisationen aus ganz Europa initiierte Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat. Das war ein starkes Signal an Politik und Wirtschaft, sich von Roundup und Co. zu verabschieden und ebenso für die Kraft und Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Zivilgesellschaft. Bundesregierung und EU-Kommission gerieten zunehmend unter Druck, und erst ein Alleingang von

Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt sorgte am Jahresende für die notwendige Mehrheit für die Wiederzulassung dieses Agrargiftes für weitere fünf Jahre – zur Freude von Bauernverband, Bayer und Monsanto.

Pestizidfreie Kommunen in NRW

Nach der fatalen Fehlentscheidung des Ministers geht es nun darum, den damit angerichteten Schaden möglichst zu begrenzen und den Einsatz dieses Wirkstoffes an vielen Stellen einzudämmen. Im Rahmen der BUND-Aktion ‚Pestizidfreie Kommunen‘ fragten der BUND-Landesverband und viele unserer Gruppen rund 60 NRW-Kommunen nach deren Umgang mit Pestiziden und Herbiziden – explizit auch Glyphosat – im städtischen Grün sowie auf kommunalen landwirtschaftlichen Flächen. Unser Ziel: Glyphosat auf

den stadteigenen Flächen ausschließen und Äcker und Grünland im Eigentum der Kommunen konsequent umweltgerecht bewirtschaften. Der BUND meint: Städte und Gemeinden in NRW dürfen nicht tatenlos zuschauen, was auf ihren eigenen Flächen geschieht, sondern sollten sie aktiv dafür nutzen, die biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft zu stärken. Deshalb wenden wir uns derzeit an die Oberbürgermeister und Stadträte, drängen auf Verbesserungen und befördern an vielen Orten im Land die Diskussion hierüber, u.a. in Form öffentlicher Veranstaltungen.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/pestizidfrei

Wasser schützen, weniger Gülle

Auch in NRW fristen Millionen von Tieren in drangvoller Enge und unter hohem Antibiotikaeinsatz ein kurzes tristes Dasein. Der BUND NRW und viele Gruppen vor Ort kämpfen mit Leidenschaft gegen die Intensivtierhaltung und ihre Folgen, insbesondere die starke Belastung des Grundwassers mit Nitraten. Viel zu viele Tiere auf zu wenig Fläche verursachen Unmengen an Gülle. Besonders rege und hartnäckig engagierte sich die BUND-Kreisgruppe Viersen: sie deckte mittels Wasseranalysen in einer landwirtschaftlichen Sickergrube eine Grundwasserverseuchung u.a. mit Ammonium, Nitrat und Fäkalkeimen in Wasserschutzgebiet auf und reichte Strafanzeige wegen Gewässerverschmutzung gegen den Betreiber ein. Daraufhin eingeleitete Untersuchungen des Kreises Viersen bestätigen die BUND-Ergebnisse, Maßnahmen zur Schadensabwehr wurden aber erst nach weiterem öffentlichem Druck durch den BUND eingeleitet. Mittels Strafanzeige, einer Fachaufsichtsbeschwerde des BUND Viersen an die Bezirksregierung Düsseldorf und einer jetzt eingereichten Klage gegen den Kreis Viersen bleibt der BUND am Ball – Fortsetzung folgt!

BUND testet Weihnachtsbäume

In Weihnachtsbaumplantagen werden jede Menge Herbizide, Insektizide und Fungizide eingesetzt – das ist das Ergebnis einer Stichprobe, bei der auch BUND-Aktive aus NRW Weihnachtsbäume kauften und deren Nadeln von einem Fachlabor auf Rückstände analysieren ließen. In den Nadeln von 13 der 17 analysierten Bäume wurde das Labor fündig, darunter auch bei den drei Nordmantannen und einer Blaufichte, die in NRW gekauft wurden. Auffällig war die Mehrfachbelastung mit verschiedenen Rückständen: mehr als die Hälfte der

getesteten Bäume war mit mindestens zwei Wirkstoffen belastet. Offenkundig sind viele Weihnachtsbäume in Intensivkulturen einem Pestizidcocktail ausgesetzt, bevor sie im heimischen Wohnzimmer nahezu makellos im schönsten Grün erscheinen. Dabei wird in Kauf genommen, dass die eingesetzten Gifte in Böden und Gewässer gelangen und vielfach Bienen und andere Insekten schädigen. Der BUND wandte sich deshalb vor Weihnachten an die Öffentlichkeit und empfahl, möglichst zertifizierte Bio-Weihnachtsbäume oder einen Baum aus heimischen FSC-zertifizierten Wäldern zu kaufen.

BUND-Landpartie – Ausflüge in die Praxis

Der BUND führt intensiv und regelmäßig den Austausch mit der Landwirtschaft – nicht allein mit Verbänden, sondern auch mit der Praxis, also Bäuerinnen und Bauern in NRW, die in ihren Betrieben Tiere halten, Obst und Gemüse erzeugen oder Getreide und Kartoffeln anbauen, mit ökologisch ebenso wie mit konventionell arbeitenden Landwirten. Gerade bei Themen, die häufig zu Konflikten zwischen Naturschutz, Tierschutz und Landwirtschaft führen, kann dies für alle Beteiligten bereichernd sein und Sichtweisen schärfen oder neue eröffnen. Ein Baustein dabei ist die ‚BUND-Landpartie‘, bei sich Agrar-Aktive des BUND auf Hofbesuche begeben. Mehrere BUND-Gruppen starten ihrerseits Landpartien und befördern damit vor Ort den Austausch. Unser Dank gilt allen Landwirten, bei denen wir zu Gast sein durften!

Kundig und meinungsfreudig

Der BUND beantwortete auch 2017 zahlreiche Anfragen von Medien, anderen Verbänden und sehr häufig auch von Bürger*innen zu diesen und vielen anderen Themen. Wir beteiligten uns mit Referent*innen an diversen Veranstaltungen und brachten unsere Positionen in den ‚Dialog Landwirtschaft und Umwelt‘ des NRW-Umweltministeriums, im Landestierschutzbeirat, den Begleitausschuss zum ‚NRW-Programm Ländlicher Raum‘ sowie in Fachgespräche ein. Seit vielen Jahren beteiligen wir uns finanziell an vorbildlichen Projekten wie dem „Märkischen Landmarkt“ und der „Upländer Bauernmolkerei“.

Unser Dank gilt einmal mehr all denjenigen, die sich an den vielfältigen Aktivitäten beteiligt und unsere Arbeit und Online-Kampagnen unterstützt haben!



© D. Jensen



MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/agrar

BUND-Landpartie am Niederrhein: Jedes Jahr werden in Deutschland mehr als 45 Mio. männlicher Eintagsküken getötet, weil sie später keine Eier legen und als Legerasse langsamer wachsen und weniger Fleisch ansetzen als auf einseitige Höchstleistung getrimmte Masthühner. Ein unhaltbarer Zustand. Doch was sind die Alternativen hierzu? Geschlechtsbestimmung im Ei? Zweinutzungshühner? Aufzucht von Bruderhähnen? Diese und viele weitere Fragen standen im Mittelpunkt einer BUND-Landpartie zu einem Biohof am Niederrhein, der mit viel Engagement und Erfahrung zeigt, wie es gehen kann und welche praktischen Herausforderungen es gibt.



© F. Weissenberg/BUND

Aktiv im Obstwiesenschutz

Streuobstwiesen mit ihren starkwüchsigen, hochstämmigen Obstbäumen und dem als Wiese oder Weide genutzten Grünland sind wertvoller Lebensraum für viele Tierarten. Vor allem Vögel wie der Steinkauz, Käfer, Schmetterlinge und Kleinsäuger profitieren von dem reichhaltigen Angebot an Höhlen, Blüten und herabfallenden Früchten. Der Einsatz von Pestiziden ist hier tabu. Die vielen hundert traditionellen und altbewährten Obstsorten sind zugleich ein kostbares Kulturgut.

Doch ein Großteil der Streuobstwiesen ist in ihrem Bestand akut gefährdet. Dieser Entwicklung wirken BUND-Aktive seit vielen Jahren entgegen, so in Bochum, Dortmund, Waltrop, Schwerte, Herne, Hürth, Köln, im Rhein-Sieg-Kreis, in Aachen-Land, in den Kreisen Neuss, Düren und Coesfeld und in Lemgo. Sie legen komplett neue Obstwiesen an, pflanzen Bäume nach und pflegen die Streuobstbeständen, organisieren Schnittkurse, beraten und besuchen mit kleinen Saftpressen Kindergärten und Schulen, um jungen Menschen die Vielfalt unseres heimischen Obstes näherzubringen. Die BUND-Ortsgruppe Lemgo betreibt zudem eine bundesweit beachtete Obstsortendatenbank.

Herausragend sind die ‚Apfelsaft-Projekte‘: BUND-Gruppen kaufen den Erzeugern von Streuobst ihre Früchte ab und schaffen so einen Anreiz, ihre Flächen auch weiterhin umweltgerecht zu bewirtschaften und zu erhalten. Der aus den Streuobstäpfeln gewonnene Saft wird regional vermarktet und Naturschutz und gesunde Ernährung gehen so Hand in Hand.

Wir zeigen: Naturschutz lebt vom Mitmachen!



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/obstwiesenschutz

Für Biologische Vielfalt

Mehr als 43.000 Arten von Pflanzen, Tieren, Pilzen u.a. sind aus NRW bekannt. Fast die Hälfte von ihnen ist bereits gefährdet, und der Schwund der Biodiversität – der Artenvielfalt, der genetischen Vielfalt und der Vielfalt von Lebensräumen – hält weiter an. Der BUND kämpft auf allen Ebenen für die biologische Vielfalt, für artenreiche Kulturlandschaften und Orte, wo der Mensch Natur erleben kann.

Biber kehren zurück

Der Biber kehrt nach seiner Ausrottung in der Frühen Neuzeit nach und nach selbstständig zurück. So konnte er erstmals wieder in den Flüssen Dhünn und Sieg nachgewiesen werden.

Kein Wunder also, dass die vom BUND im Vorjahr eingerichtete landesweite Biber-Homepage immer stärker genutzt wird. Allein in 2017 gingen 72 Fundmeldungen ein, die durch die ehrenamtliche AG Biber im BUND bearbeitet wurden. Wenn anhand von Fotos keine exakte Bestimmung vorgenommen werden kann, folgt vielfach auch eine Kontrolle im Gelände.

Bei den meisten Meldungen handelt es sich allerdings um Verwechslungen mit der häufigen, aus Amerika stammenden Nutria. Um die Möglichkeiten der Bestimmung für Laien weiter zu verbessern, plant der BUND die Erarbeitung umfangreicher, auf Nordrhein-Westfalen zugeschnittener Infomaterialien für Kinder und Erwachsene. Auch die Ausbildungen zu Biberbotschafter*innen nimmt immer mehr Raum ein.

Biber spielen als Gewässerrenaturierer eine Schlüsselrolle in unseren Ökosystemen. Wo sie auftauchen, vervielfachen sie die biologische Vielfalt. Da mit dem Fällen von Bäumen und dem Anstau von Bächen auch Konflikte verbunden sein können, betreibt der BUND seit 2016 eine Charmeoﬀensive für das größte Nagetier Europas.

i MEHR ZUM THEMA
www.biber-nrw.de

Anwalt der Natur

Wenn nötig, scheut der BUND auch nicht den Gang zu den Gerichten, wenn rechtswidrige Projekte unsere Natur zu zerstören drohen. Einen zweifachen Erfolg für den Naturschutz im Rhein-Sieg-Kreis konnten wir dabei im letzten Jahr verbuchen: sowohl die Anlage eines



© Leopold Kanzler

Friedwaldes in Swisttal als auch der Neubau einer Brücke über die Sieg bei Hennef konnte durch Klagen des BUND verhindert werden.

Im Falle der geplanten Einrichtung eines Friedwaldes in den Schutzgebieten um die Burg Heimerzheim in Swisttal hatte das Verwaltungsgericht Köln den rechtswidrigen Befreiungsbescheid des Rhein-Sieg-Kreises aufgehoben. Damit wurde der BUND-Klage vom 15. November 2015 stattgegeben. Das Gericht hatte u.a. gerügt, dass ein Friedwald kein befreiungsfähiger Einzelfall sei, da sich der Landschaftsplan mit Beeinträchtigungen durch Veranstaltungen, Wegebau usw. bereits konkret auseinandergesetzt habe. Der mit dem Friedwald verbundene Eingriff sei außerdem viel zu umfangreich, um ihn im Wege einer Befreiung zulassen zu können. Sei ein Friedwald politisch gewollt, müsse der Landschaftsplan geändert werden. Genau diese Auffassung hatte auch der BUND bereits im Landschaftsbeirat im Januar 2014 vertreten, als der Fall dort beraten worden war.

In dem Verfahren um den Neubau einer Brücke im FFH-Gebiet Siegaue zwischen Allner und Hennef hatte das Verwaltungsgericht den Befreiungsbescheid des Kreises in vielfacher Hinsicht in Frage gestellt und erheblich kritisiert. Die Kreisverwaltung nahm daraufhin ihren Bescheid noch in der Verhandlung zurück. Das Gericht hatte die Einschätzung der Stadt Hennef, der Kreisverwaltung und der Bezirksregierung Köln nicht geteilt, wonach der geplante Bau einer Pylonbrücke als

Ersatzbau für den maroden Horstmannsteg anzusehen sei, vielmehr hob es die hohe Bedeutung des FFH-Gebietsschutzes hervor. Es warf zudem u.a. die Frage auf, warum keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden sei.

Der BUND hatte die Klage erhoben, da die geplante Brücke in der gewählten Bauweise die weitere Entwicklung der Siegaue auf einer Fläche von ca. 200 Hektar erheblich beeinträchtigt hätte und umfangreiche Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen zum Schutz des FFH- und Naturschutzgebietes nicht ergriffen worden waren.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/verbandsklagen



Orchideenschutz im BUND

Die Erforschung und der Schutz der heimischen Orchideenflora zählt seit 1983 zu den Aufgaben des Arbeitskreises Heimische Orchideen (AHO) im BUND NRW. Über 200 Aktive pflegen Biotope, kartieren Orchideenvorkommen, bieten Exkursionen an und veröffentlichen die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit auf Fachtagungen und in Publikationen.

Im Jahr 2017 führten die Orchideenexpert*innen zahlreiche Pflegeeinsätze durch zum Beispiel in der Eifel, in Haan, dem Kreis Unna, Kreis Olpe und in Hagen. Bei einem großen Pflegeeinsatz in einem ehemaligen Steinbruch in Hagen wurden in Kooperation mit der BUND-Kreisgruppe von rund 30 Helfer*innen über drei Hektar wertvolle Brachflächen mit hunderten Orchideen und anderen seltenen Arten in Handarbeit entbuscht (s. Foto). Dabei wurden die BUND-Aktiven von kirchlichen Jugendgruppen unterstützt. Besonders erfreulich

war die Kooperation mit der AWO, über die auch fünf Flüchtlinge engagiert geholfen haben.

Etwa 50 Orchideenarten sind in Nordrhein-Westfalen heimisch. Gemeinsam mit den Arbeitskreisen der anderen Bundesländer kürt der AHO die Orchidee des Jahres. 2017 fiel die Wahl auf das Weiße Waldvögelein (*Cephalanthera damasonium*). Die Art erreicht in NRW die Nordwestgrenze ihrer Verbreitung. Vorkommen sind aus fast allen Großlandschaften bekannt. Verbreitungsschwerpunkte stellen aber die traditionellen Kalkgebiete wie die Nordeifel, das nördliche Sauerland und das Weserbergland dar.



MEHR ZUM THEMA

www.aho-nrw.de





© A. Niemeyer-Lühlitz

Impulse für die Senne

Mitteleuropa war seit mehreren hunderttausend Jahren durchgängig durch eine Vielfalt von Huftierarten besiedelt. Erst der Mensch zog spätestens im Mittelalter eine Zäsur: unter anderem Ur, Wildpferd und Wisent wurden weitgehend ausgerottet, ihre ökologischen Funktionen übernahmen vielfach seine in Wildbahnen oder in Hütelhaltung lebenden Nutztiere. Doch beim Management von Großschutzgebieten und Wildnisentwicklungsgebieten werden die Huftiere heute meist immer noch nicht mitgedacht, im Gegenteil: Hirsche und Rehe werden als vermeintliche Konkurrenten von Bäumen bekämpft.

Hier muss ein Umdenken stattfinden: in Großschutzgebieten sollten wilde und halbwild lebende Huftiere ihren Raum und ihre Rolle zurück erhalten, um die natürliche Vielfalt zu bewahren. Dies ist das Ergebnis einer Fachtagung, zu der u.a. von Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) und BUND Referenten aus ganz Deutschland in die Senne eingeladen hatten.

Gerade die Senne in Ostwestfalen bietet beste Voraussetzungen, Wildnisentwicklung und Kulturpflege zu vereinen. Denn mit dem Senner Pferd, das früher halbwild in dem Gebiet lebte, besitzt die Region einen herausragenden Botschafter und Vermittler zwischen den verschiedenen Naturschutzstrategien. Eine „Sennegeti“

wäre sowohl für den Naturschutz als auch für das Naturerlebnis und die Regionalentwicklung ein Gewinn.

Auch wenn er durch die schwarz-gelbe Landesregierung blockiert wird: der BUND wird sich weiterhin für einen Nationalpark in der Senne stark machen. Zu diesem Zwecke betreibt der BUND gemeinsam mit anderen Verbänden die Nationalpark-Koordinierungsstelle in OWL.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/nationalpark-owl



© A. Niemeyer-Lühlitz



© D. Janssen

Vogelschlag an Glas

Etwa 18 Millionen Vögel sterben allein in Deutschland jährlich durch die Kollision an Glasfassaden. Damit sind Glasflächen an Gebäuden eines der größten Vogelschutzprobleme unserer Zeit. Glas ist ein unsichtbares Hindernis für Vögel, da es entweder transparent ist oder die Umgebung widerspiegelt. Das Thema „Vogelschlag an Glas“ tritt jetzt immer mehr in das Bewusstsein vie-

ler Menschen. Einen großen Anteil daran hatte auch 2017 das entsprechende BUND-Projekt, welches von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW gefördert wird.

Im Frühjahr wurden bereits alle Naturschutz- und Baubehörden in ganz NRW individuell angeschrieben und so – teils erneut – auf die Problematik sowie die Lösungsmöglichkeiten hingewiesen, vor allem aber über die gesetzlichen Vorgaben zur Vermeidung aufgeklärt. Es zeigte sich der Trend, dass die Projektbroschüre auch in der städtischen Bauberatung immer mehr genutzt wird. In den meisten Städten ist jedoch die standardisierte Forderung der vogelfreundlichen Bauweise in der Bauleitplanung noch nicht eingetreten.

Vielversprechender zeigte sich der direkte Weg über Umweltausschüsse. In Köln konnte zum Beispiel die vogelfreundliche Gestaltung der gläsernen Wartehäuschen der Kölner Verkehrsbetriebe durch einen Antrag beschlossen werden, in Düsseldorf wurde die Entscheidung vorerst aufgeschoben, da die Fahrgastunterstände die nächsten Jahre noch verpachtet sind. In Jüchen setzte die Gemeinde einen Entschluss direkt an den ersten Häuschen in die Tat um. Weitere Nachrüstungen werden folgen. Auf diese Erfolge soll aufgebaut werden.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/vogelschlag

Schmetterling des Jahres 2017: Die Goldene Acht

Seit 2003 küren die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen den „Schmetterling des Jahres“. Damit wollen wir – stellvertretend für viele andere Insekten – darauf hinweisen, welche Schönheiten zu verschwinden drohen, wenn wir nicht umsteuern.

Die „Goldene Acht“ (*Colias hyale*) war unser Schmetterling des Jahres 2017. Der Falter hat seinen Namen von dem achtförmigen, rot umrandeten Fleck auf der Flügel-Unterseite. Die Raupen ernähren sich von Luzerne und Klee und brauchen naturnahe blütenreiche Wiesen oder Weiden. In Nordrhein-Westfalen steht der Falter bereits auf der Roten Liste als gefährdet.



© H. Ziegler



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/schmetterling-des-jahres



Erfolgreicher Rückkehrer: Die Wildkatze

Seit nunmehr 14 Jahren setzt sich der BUND im Rahmen des Projekts „Rettungsnetz Wildkatze“ für die Wiedervernetzung unserer Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiete durch sogenannte grüne Korridore ein. So soll der genetische Austausch der Tier- und Pflanzenarten zwischen den Regionen ermöglicht werden. Um dem Bestreben der Tiere, neue Lebensräume zu besiedeln und langfristige Populationen aufzubauen, nachzukommen, müssen Hindernisse beseitigt und Verbindungen geschaffen werden. Das kommt nicht nur der Wildkatze, sondern auch unzähligen anderen Arten zugute. Langfristiges Ziel ist ein Verbund von insgesamt 20.000 Kilometern Länge.

Und die Erfolge stellen sich ein. Der BUND konnte im letzten Jahr erstmals im nördlichen Bereich der Villewälder mit Hilfe von Lockstöcken eine weibliche Wildkatze und drei verschiedene Männchen nachweisen. Die Villewälder waren seit den 1960er Jahren nicht mehr von der Wildkatze besiedelt. Zusammen mit den Ergebnissen einer Erhebung durch den BUND aus dem Jahr 2012 ist eine Wiederbesiedlung der kompletten Villewälder nun belegt – ein großer Erfolg der Schutzbemühungen des BUND!

Damit ist nicht nur klar, dass Wildkatzen in diesen Wäldern südlich der Autobahn A1 flächendeckend zu Hause sind, sondern auch, dass kleine Trittsteinwälder von dort bis zur Eifel genutzt werden. Dies unterstreicht wieder einmal die Bedeutung von Trittsteinbiotopen und Biotopverbund.

Neben der wissenschaftlichen Arbeit bleibt aber auch die Aufklärung unverzichtbarer Bestandteil der BUND-Arbeit. So wies der BUND in einigen Kreisveterinärämtern von NRW Tierärzte in Vorträgen auf die Verwechslungsgefahr der Hauskatze mit ihrer wilden

Schwester und den richtigen Umgang mit verletzten und gefundenen Wildkatzen hin. Gerade in der Zeit der Jungenaufzucht und der Neuerschließung von Streifgebieten sind Wildkatzen sehr gefährdet und landen häufig bei Tierärzten, nachdem sie angefahren oder aus dem Wald entnommen wurden.

Auch die Anzahl an ehrenamtlich Aktiven erhöhte sich 2017 weiter: Im Norden NRWs – in Ostwestfalen Lippe – gibt es nun 20 neue Wildkatzenbotschafter*innen. Im Winter 2016/2017 und auch in diesem Winter versuchten diese Ehrenamtler*innen, mit Hilfe der Lockstockuntersuchungen einen Nachweis für die Wildkatze im Teutoburger Wald zu erzielen. Bisher konnte allerdings noch kein positiver Nachweis erbracht werden. Das führt zu der Frage, warum die Wildkatze noch nicht wieder in diesem für sie eigentlich geeigneten Lebensraum angekommen ist. Viel Stoff also für die zukünftige Arbeit.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/wildkatze



Schutz des Wassers



Hauptanliegen des BUND ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und somit auch die Erhaltung eines intakten Wasserkreislaufes. Hierfür setzen sich seit 1980 die im BUND-Landesarbeitskreis Wasser engagierten Mitglieder aktiv ein. Ihnen geht es um lebendige Gewässer und natürlichen Hochwasserschutz, sauberes Grundwasser, eine gewässerverträgliche Landwirtschaft und gesundes, unbelastetes Trinkwasser, bessere Kläranlagen sowie Vermeidung und Rückhaltung gefährlicher Industriechemikalien. Unterstützt werden sie durch die Expert*innen des im Jahre 2004 gestarteten Langzeitprojekts ‚Wassernetz NRW‘.

EU-Wasserrahmenrichtlinie: Ziel verfehlt

Unstreitig ist, dass sich die Gewässerqualität durch den massiven Ausbau von Kläranlagen in den letzten Jahrzehnten verbessert hat. Doch fest steht auch, dass dies nicht ausreicht, um aus verbauten und begradigten Rinnen wieder lebendige Gewässer zu machen – so wie es mit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Jahre 2000 allen Mitgliedsstaaten der EU rechtlich verbindlich vorgegeben wurde.

Gülle und Nitrat bedrohen das Grundwasser, Medikamente, Industriechemikalien und Plastik treiben mit dem Rhein ins Meer, Aale werden in Turbinen verletzt und getötet und stehen kurz vor dem Aussterben, Querbauwerke behindern weiter die Durchgängigkeit, immer noch werden für Hochwasserschutz und Artenvielfalt wichtige Räume und Auen bebaut und zerstört – die

Kritik der Umweltverbände am Zustand der Gewässer reißt nicht ab. Im Ergebnis erreichen bislang nur acht Prozent unserer Gewässer den geforderten guten ökologischen und chemischen Zustand; die Hälfte aller Grundwasserkörper sind in schlechtem Zustand, meist auf Grund zu hoher Nitratgehalte durch landwirtschaftliche Düngung.

Vor diesem Hintergrund hat der BUND eine juristisch fundierte EU-Beschwerde in Brüssel eingereicht und fordert, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einzuleiten. Eine Fallsammlung mit zahlreichen Beispielen aus NRW belegt, wie Möglichkeiten zur Verbesserung vertan, Chancen nicht genutzt und sogar Verschlechterungen – entgegen dem in der WRRL enthaltenen Verschlechterungsverbot – in Kauf genommen wurden. Dies führte im Ergebnis zu dieser drastischen Zielverfehlung.

Auch auf landespolitischer Ebene machen die BUND-Wasserexpert*innen Druck: Sie wehren sich gegen die Bestrebungen, auf höheren Anforderungen in stickstoffbelasteten Bereichen zu verzichten, setzen sich für ökologischen Hochwasserschutz ein und kämpfen für ein verursachergerechtes Wasserentnahmeentgelt. Denn NRW braucht nicht weniger Gewässerschutz, sondern mehr.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/wasser

Naturschutztage am Rhein 2017

„Lebendige Gewässer erst 2027? – Neue Impulse braucht das Land!“, war der Titel der vom BUND in 2017 zum dritten Mal ausgerichteten ‚Naturschutztage am Rhein‘. Als Mitveranstalter dabei war diesmal die Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA). Zahlreiche engagierte Gewässerschützer*innen der Verbände und die interessierte Fachöffentlichkeit kamen in Köln zusammen, um Wege für mehr Gewässerschutz zu diskutieren und sich im Rahmen einer Exkursion in die Flittarder Rheinauen ein aktuelles Bild zu machen.

Vor dem Hintergrund der schlechten Bilanz bei der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie informierten hochrangige Vertreter*innen aus Umweltministerium und Landesumweltamt, aber auch kompetente Menschen aus dem BUND und anderen Verbänden, zu den Ursachen. Neben dem Blick auf die Defizite wurden Wege und Möglichkeiten zur besseren Zielerreichung „guter Zustand für Gewässer und Grundwasser“ aufgezeigt. Vor allem brauche es mehr Mut und mehr engagiertes Personal bei Planern und Behörden für die Umsetzung, aber auch strengere Vorgaben und Kontrollen in der landwirtschaftlichen Praxis und wesentlich mehr ökologisch wirtschaftende Betriebe, so das Fazit.



MEHR ZUM THEMA

www.naturschutztageamrhein.de

Mikroplastik im Rhein

Seit Jahren belegen zahlreiche Untersuchungen, dass der größte Fluss Deutschlands europaweit am stärksten mit Kunststoffabfällen, insbesondere in der Form von Mikroplastik, belastet ist. Erneut hat der BUND daher



bundesweit vehement die Forderung nach einem Anwendungsverbot dieser Partikel in Kosmetika erhoben.

Im Sommer 2017 kam es dann zu einem gravierenden Vorfall bei einem der weltweit größten Kunststoffproduzenten, unmittelbar am Rhein bei Wesseling gelegen. Nachdem am Kölner Rheinufer bei Rodenkirchen und an den Poller Wiesen, massenhaft Kunststoffgranulat angespült wurde, war der Verursacher schnell gefunden: Bei LyondellBasell in Wesseling, südlich von Köln waren nach einem Starkregenereignis erhebliche Mengen dieser Kunststoffpartikel über die unzureichend bemessenen Niederschlagswasserbecken in den Fluss gespült worden.

Landesweit griffen zahlreiche Medien den Fall auf, der BUND NRW mit seinem Gewässerschutzexperten Paul Kröfges war hierbei gefragter Interviewpartner. Ein Nachspiel hatte dieser Fall dann auch bei der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR), bei der die Plastikbelastung des Rheins Dauerthema ist. Hier ist der BUND als Beobachter aktiv und nutzte die Gelegenheit erfolgreich, von den Rheinanliegerstaaten ein abgestimmtes Vorgehen gegen diese vermeidbare Belastung des Flusses einzufordern.



Flittarder Rheinaue

In diesem 180 Hektar großen Naturschutzgebiet mit Überresten der ehemaligen Auenlandschaft führt der BUND seit 2014 im Rahmen eines Betreuungsvertrages zahlreiche Naturschutzmaßnahmen wie zum Beispiel den Schnitt von Kopfweiden und Obstbäumen durch. Der BUND strebt an, dort Flachwasserzonen anzulegen und ein Beweidungsprojekt zu starten.



© A. Friecht/Neue Westfälische

Wassernetz NRW auf Erfolgskurs

Seit 2004 bringt der BUND zusammen mit seinen Partnerorganisationen LNU und NABU mit dem Projekt ‚Wassernetz NRW‘ den Gewässerschutz voran. Im Rahmen eines Werkvertrags mit dem NRW-Umweltministerium konnten auch im letzten Jahr wieder wichtige Impulse für die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie gesetzt werden.

So führten die Gewässerschutzexperten allein 54 Beratungen mit ehrenamtlichen Gruppen vor Ort durch.

Während der Termine informierte das Wassernetz die Teilnehmenden über die aktuelle WRRL-Umsetzung in NRW, über Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort sowie über Informationsquellen

und Ansprechpartner*innen für weitere Auskünfte zur Thematik. Nicht selten entwickelten sich daraus konkrete Maßnahmen, wie zum Beispiel die Renaturierung des Gellershagener Bachs in Bielefeld. Dort entfesselten BUND-Aktive das Gewässer, indem Verbauungen entfernt, die Böschung aufgelockert und Strömungsenker angelegt wurden.

Mit dem erfolgreichen Format „Dialog am Bach“ informierte das Wassernetz zudem an von Aktiven vorab ausgewählten Wasserläufen und Stillgewässern über den Zustand des betreffenden Gewässers und über vorgesehene Verbesserungs-Maßnahmen. Viele Gruppen

nahmen danach Kontakt mit den zuständigen Behörden, Wasserverbänden bzw. mit einzelnen Grundstückseigentümern am Bachlauf auf, um Widerstände abzubauen und den Gewässerschutz gemeinsam voranzubringen.

Stiefkind Grundwasserschutz

Auch das Thema Gülle bewegt viele Gewässerschutz*innen vor Ort. Vor allem die Grundwasserkörper am Niederrhein und im Münsterland sind übermäßig stark mit Nitrat belastet. Wassernetz-Experten überprüften deshalb an verschiedenen Stellen des Landes die Grundwasserqualität. Ein Highlight war so zum Beispiel eine öffentliche Grundwasserbeprobung zusammen mit dem Landesumweltamt in Erwitte. Die Aktion trug zur Versachlichung der Kontroverse um das Ausmaß der Nitratbelastung der Gewässer und um die Zuverlässigkeit der Güteüberwachung bei. Fachveranstaltungen und Seminare rundeten das Wassernetz-Jahresprogramm ab.

Das Thema Gewässerschutz wird auch in den Folgejahren ein BUND-Schwerpunkt bleiben. Jetzt wird es darum gehen, die von verschiedenen Lobbyisten und Politikern geplante Aufweichung der EU-Wasserrahmenrichtlinie abzuwenden.



MEHR ZUM THEMA
www.wassernetz-nrw.de

Nachhaltig wirtschaften

Die natürlichen Ressourcen und die Aufnahmekapazität der Erde für Schadstoffe sind begrenzt. Eine „nachhaltige Entwicklung“ zielt darauf ab, verantwortungsbewusst mit den endlichen Ressourcen umzugehen, damit heutige und künftige Generationen weltweit ein Leben in Würde – entsprechend ihrer Bedürfnisse – führen können. Der BUND setzt sich für eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung ein – im Kleinen wie im Großen.

Handy-Recycling

Etwa 100 Millionen alte Handys schlummern in deutschen Schubladen und werden so dem Wertstoffkreislauf entzogen. Würden diese recycelt werden, könnte man 867 Tonnen Kupfer, 382 Tonnen Kobalt, 26 Tonnen Silber und 2,4 Tonnen Gold wiedergewinnen – Rohstoffe, die nicht mehr klima- und umweltschädlich abgebaut werden müssten. Insbesondere der Abbau von Seltenen Erden wie zum Beispiel Neodym oder Dysprosium ist mit immensen Schäden für Mensch und Natur verbunden. Dies gilt aber auch beispielsweise für Coltan, das in der Mikroelektronik benötigt wird und auch für die Herstellung von Mobiltelefonen unverzichtbar ist.

Der BUND und das Kölner Umwelt-Start-Up Mobile-Box sammeln deshalb nun schon seit mehr als vier Jahren alte Handys und führen diese einer umweltgerechten Verwertung zu. Bislang machen mehr als 40 BUND-Gruppen allein in Nordrhein-Westfalen mit und leisten so einen wichtigen Beitrag zum Ressourcenschutz. Und auch die ehrenamtlich arbeitenden Gruppen profitieren: Mit jedem wiederverkauften oder recyceltem Handy wandert bares Geld in die klammen Kassen. Die Spende,

die von Mobile-Box für jedes gesammelte Handy geleistet wird, dient so im besten Fall zur Bepflanzung einer neuen Obstwiese oder anderen sinnvollen Projekten.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/handysammlung

Tasche statt Tüte

Kunststoff wird zunehmend zu einem großen Problem für die Umwelt. Aller Aufklärungsarbeit zum Trotz werden auch noch immer Milliarden von Plastik- oder andere Einwegtüten verbraucht. Dazu kommen Unmengen von Einwegverpackungen – viele von ihnen schlichtweg überflüssig.

Mit der Aktion „Tasche statt Tüte“ wirkt der BUND dem an vielen Orten entgegen. An Supermärkten, Discountern und in Einkaufsstraßen animieren BUND-Aktive zum Tütentausch und klären dabei gleichzeitig über die ökologischen Folgen unserer Verschwendungswirtschaft auf. Überraschende Erkenntnis vieler Verbraucher*innen dabei ist häufig, dass auch Einweg-Papiertüten in der Ökobilanz schlecht abschneiden. Sie sind nicht besser als Einweg-Plastiktüten. Beste Wahl sind immer noch der mitgebrachte Korb oder Rucksack. Die vom BUND produzierten Mehrweg-Taschen aus Recyclingkunststoff kommen gleich danach.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/tuetentausch



Mitmachverband BUND

Umwelt- und Naturschutz lebt vom Mitmachen und gemeinsam anpacken. Ob für kurze Zeit, über viele Jahre hinweg, daheim vor Ort oder auf Landesebene: Dass wir seit mehr als 40 Jahren in NRW so vieles mit anstoßen und verändern konnten, ist der Erfolg allerer, die hieran beherzt mitgewirkt haben. Ihnen allen gilt unser großer Dank!

Beharrlich und vielfältig

Machen Sie mit: Mit handwerklich-praktischem Geschick, mit Freude an griffigen Formulierungen beim Erstellen von Presseinformationen, Faltblättern oder Newslettern, mit Ortskenntnissen, Fachwissen und fundierten Stellungnahmen, als Webmaster*in, Exkursionsführer*in, Kassenwart*in, bei der Leitung von Kinder- und Jugendgruppen oder der Vorbereitung markanter Aktionen, im persönlichen Gespräch am Info-Stand und in anderer Weise. Bei uns sind viele Talente gefragt, doch eines haben alle gemeinsam: Freude daran, sich zusammen mit anderen einzumischen! Ehrenamtlich, meinungsfreudig, politisch unabhängig und oft mit großer Beharrlichkeit leisten BUND-Aktive Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.

Mitentscheiden im BUND

Welche Themen werden vor Ort konkret angegangen? Hierüber entscheiden unsere Gruppen eigenständig und basisdemokratisch in ihren Mitgliederversammlungen und bei Aktiven-Treffen. Gleiches gilt für unsere Arbeitskreise, Projekte und Netzwerke, in denen sich Interessierte überregional zusammenschließen. Ob Windenergie, Fledermausprojekt, Verkehrspolitik oder Schutz des städtischen Grüns: Auch sie führen einen lebendigen Austausch und entwickeln Positionen und Strategien, über die dann gemeinsam demokratisch entschieden wird. Jüngere Menschen finden sich in der BUNDjugend NRW zusammen, die ebenfalls eigenständig arbeitet, gemeinsam Ideen schmiedet und mit einem großen Angebot Kinder und Jugendliche an den Umwelt- und Naturschutz heranführt und ihnen Raum für eigenes Engagement bietet.

Auf diese Weise ist über die Jahre hinweg ein starkes und schlagkräftiges Netzwerk in NRW gewachsen – ganz wesentlich ermöglicht durch unsere aktuell mehr als 30.000 Mitglieder und viele weitere, die unsere Arbeit mit ihren Spenden unterstützen und unsere Unabhängigkeit bewahren.





© D. Jansen

Unterstützung für BUND-Aktive

Wer im BUND NRW aktiv ist, erhält tatkräftige Unterstützung von Landesverband und Arbeitskreisen, BUND-Expert*innen und unserem Bundesverband. Auch Aktive in anderen BUND-Gruppen und die BUNDjugend sind jederzeit ansprechbar und stehen mit Tipps und Erfahrungen beiseite.

Darüber hinaus können Ehrenamtliche im BUND kostenlos an unseren internen Fortbildungen und Austauschtreffen teilnehmen. Hier kann man zusammen mit anderen viel Nützliches und Praktisches erlernen, gute Ideen und Erfahrungen austauschen, wertvolle Kontakte knüpfen und ganz nebenbei den eigenen Horizont erweitern, was auch für Privates und Berufliches eine Bereicherung sein kann.

Der BUND ist sicherlich auch in Ihrer Nähe. Machen Sie mit?!



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/der-bund-nrw

Bundesfreiwilligendienst im BUND

Zeit für Natur und Umwelt und Zeit, für sich persönlich Neues kennenzulernen und auszuprobieren - der Bundesfreiwilligendienst (BFD) ist für alle ein Gewinn. Im nunmehr sechsten Jahr bietet der BUND NRW den Freiwilligendienst für Jung und Alt an. BFDler*innen werden in den BUND-Gruppen vor Ort aktiv und unterstützen diese in vielfältiger Weise. So zum Beispiel im Rhein-Sieg-Kreis, wo sie Obstwiesen anlegen, mit Bal-

kenmähern, Astscheren und Co. wertvolle Lebensräume erhalten und nebenbei sehr vieles über die heimische Natur erfahren. In Köln unterstützen sie die Büroarbeit, wirken in Projekten und der Biotoppflege mit und sensibilisieren mit Umweltbildungsangeboten. In der Geschäftsstelle der BUNDjugend NRW gestalten sie Flyer, sind direkte Ansprechpartner*innen für die Aktiven und wirken in der Vorbereitung, Durchführung und Betreuung der vielen Workshops, Freizeiten und Seminare mit.

Der Freiwilligendienst dauert je nach Absprache 6 bis 18 Monate. Die Freiwilligen erhalten für ihren Einsatz ein Taschengeld und nehmen kostenlos an vielerlei Qualifizierungen teil, mit der sie ihre Einsatzstellen z. B. in der Eventplanung, Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung tatkräftig unter die Arme greifen. Koordiniert und unterstützt wird der Freiwilligendienst von der BFD-Regionalstelle Nord-West, die in der Geschäftsstelle der BUNDjugend NRW in Soest ansässig ist.



© A. Baumgartner



MEHR ZUM THEMA

www.bundjugend-nrw.de/bfd

Unsere Finanzen

Politische Unabhängigkeit setzt finanzielle Unabhängigkeit voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält, im Kernbereich keine Projektmittel einsetzt und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU – erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt hauptsächlich für die Koordination der Stellungnahmen bei Beteiligungsverfahren.

Woher kommen die BUND-Mittel?

Die wichtigsten und verlässlichsten Einnahmen des BUND-Landesverbands NRW sind mit einer Summe von insgesamt rund EUR 848.590 die Beiträge der etwas mehr als 30.000 Mitglieder in NRW. Dies ist die zentrale Basis für unabhängige zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

Hinzu kommen Erbschaften und Vermächnisse von rund EUR 200.450 sowie Spenden in Höhe von etwa EUR 161.880, die zumeist zweckgebunden für bestimmte Projekte eingehen. Die Summe der Erbschaften und Vermächnisse sowie der Spenden schwanken von

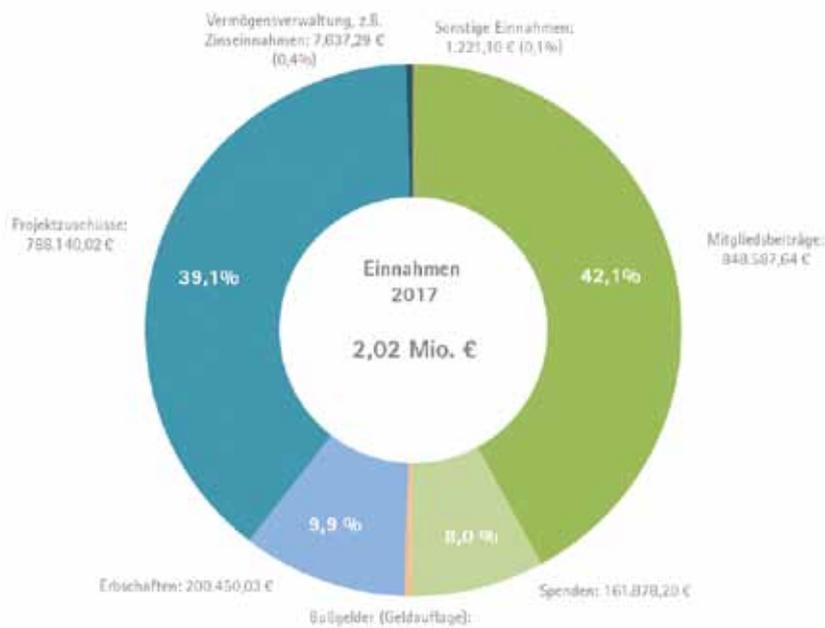
Jahr zu Jahr vom Betrag her deutlich. Weitere Einnahmen resultieren aus Geldauflagen (Bußgelder).

Die Projektzuschüsse stammen im Wesentlichen aus Förderungen, die der BUND NRW für seine landesweiten Projekte „Wassernetz NRW“, das Projekt zum flächenbezogenen Naturschutz sowie eine große Anzahl von dezentralen Projekten und Verbandsklagen der Kreis- und Ortsgruppen beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte waren das NRW-Umweltministerium, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, die NRW-Stiftung, die Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) sowie verschiedene andere Stiftungen und Organisationen.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung sind überwiegend Zinseinnahmen, zum Beispiel aus der Beteiligung an Photovoltaikanlagen. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband seine Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an Modellprojekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder der internationalen Genossenschaft fairPlanet) an und unterstützt damit diese Projekte.

Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Ungefähr EUR 944.990 fließen unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu



kamen weitere rund EUR 329.890, die an die BUNDgruppen, BUNDzentren und BUNDjugend NRW weitergeleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind das 63,3 Prozent der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zu Gute kommen.

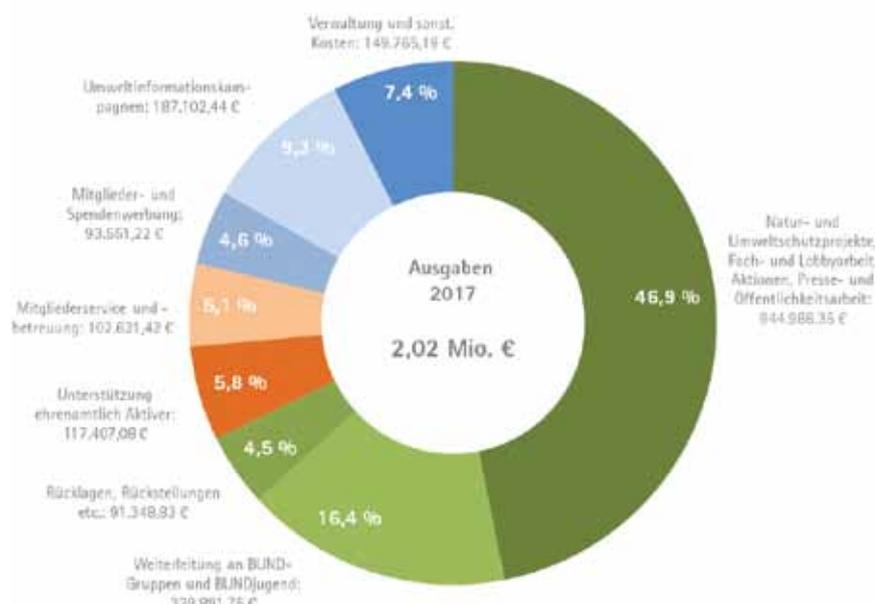
Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt etwa EUR 117.400 zu Buche.

Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand

der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin inklusive des Einhefters NRWinfo mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband rund EUR 102.620 aus.

Für Umweltinformationskampagnen setzte der Landesverband etwa EUR 187.100, für Spenden- und Mitgliederwerbung rund EUR 93.550 ein. Die Rückstellungen und Rücklagen wurden um etwa EUR 91.350 erhöht werden.

Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen bei etwa 7,4 Prozent.



BUND-Stiftung rettet Natur

Die BUND NRW Naturschutzstiftung konnte im Jahr 2017 weitere Flächen erwerben und damit dauerhaft für den Naturschutz sichern. So etwa in Korschenbroich, wo die Stiftung unter anderem mit Förderung des Landes NRW fünf Flurstücke mit einer Größe von insgesamt etwa 9.500 qm am Trietbach kaufte. Im Rahmen eines Renaturierungsprojektes pflegt die Ortsgruppe Korschenbroich die Flächen. Mit Förderung der HIT Umwelt und Naturschutzstiftung erwarb die BUND NRW Naturschutzstiftung im Neffelbachtal in Nörvenich im Kreis Düren eine rund 2.000 qm große Fläche. Ziel ist hier Steinkauz- und Obstwiesenschutz. Ebenfalls im Kreis Düren in der Gemeinde Inden wurden mit Unterstützung der NRW-Stiftung etwa 23.000 qm Fläche in der Ruraue



gesichert. Auch hier steht der Schutz des Steinkauzes im Fokus und daneben auch noch Feuchtwiesen- und Gewässerschutz. Flächenzuwachs gab es auch in Dortmund, Kallenhardt, Siegburg und Niederpleis.

Und schließlich konnte die Stiftung mit Förderung der NRW-Stiftung Flächen von insgesamt fast 10 Hektar in Dülmen, Kreis Coesfeld von der Bahn kaufen. Es handelt sich hierbei um Bahntrassen und angrenzenden Flächen, die aufgrund ihrer linearen Struktur eine große Bedeutung für den Biotopverbund haben und zudem teilweise nach entsprechenden Entwicklungsmaßnahmen als Lebensraum für die seltenen Zauneidechsen dienen sollen.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/bund-nrw-naturschutzstiftung

Anwalt der Natur

Wir verpflichten uns zu Transparenz: Wer für das Gemeinwohl tätig ist, sollte sagen, was die Organisation tut, woher ihre Mittel stammen und wie sie verwendet werden.

Dazu gehört auch, darzulegen, welche Verbandsklagen wir führen. Diese sind für den BUND das letzte Mittel, um als „Anwalt der Natur“ gegen rechtswidrige Vorhaben vorzugehen. Wir gehen mit unseren Klagerechten sehr bewusst um.

Unsere Unabhängigkeit ist unser höchstes Gut. Sie kommt auch darin zum Ausdruck, dass wir keine Gerichtsverfahren wegen Spenden zugunsten des BUND einstellen.

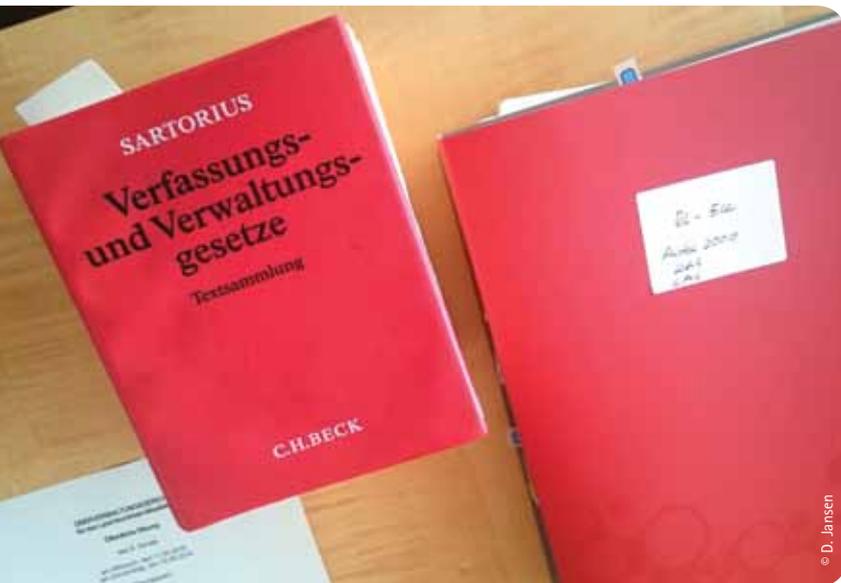
gen Interessenvertretern befürchteten Klageflut kam es nicht. Die anerkannten Naturschutzverbände bekommen jährlich etwa 800 neue beteiligungspflichtige Genehmigungsverfahren auf den Tisch. In den wenigsten von ihnen kommt es zu einer Klage. Angesichts von etwa 35.000 Klagen die pro Jahr bei den Verwaltungsgerichten in Nordrhein-Westfalen eingereicht werden, machen die Umweltklagen nur einen verschwindend kleinen Anteil aus.

Aktuelle Studien bestätigen, dass bereits die bloße Möglichkeit einer Klage dafür sorgt, dass Umweltbelange in Verwaltungsentscheidungen besser berücksichtigt werden. Die BUND-Klagen waren dafür überdurchschnittlich erfolgreich. In fast der Hälfte der Fälle erhielt der BUND ganz oder zumindest teilweise Recht, bzw. die Klage wurde einer außergerichtlichen Einigung zugeführt.

Offene Klageverfahren

Ende 2017 waren folgende Klageverfahren des BUND NRW noch nicht abgeschlossen:

- Immissionsschutzrechtliche Genehmigung für Uniper Kohlekraftwerk Datteln IV: Die Klage richtet sich gegen die von der Bezirksregierung Münster am 19. Januar 2017 erteilte neue immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und dem Betrieb des seit einem Jahrzehnt umkämpften Kohlemeilers. Die Klage wurde im Hinblick auf das ausstehende Trianel-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ruhend gestellt.
- Bebauungsplan für das Uniper-Steinkohlekraftwerk Datteln IV: Um das Vorhaben trotz des vom BUND zuvor durchgesetzten Scheitern vor Gericht doch noch zu realisieren, beschloss der Rat der Stadt Datteln im Mai 2014 einen neuen vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Gegen diesen hat der BUND ein Verfahren auf Normenkontrolle eingeleitet. Auch dieses Verfahren ist derzeit ruhend gestellt. Außerdem ist im Zusammenhang mit Datteln IV noch eine Klage gegen einen Planfeststellungsbeschluss zur Errichtung eines Hafens am Dortmund-Ems-Kanal sowie für die Umgestaltung des Ölmühlenbaches seit Mai 2007 anhängig. Über diese Klagen wurde bis heute noch nicht entschieden.
- Trianel Kohlekraftwerk Lünen: Der BUND hatte zum Jahresende 2014 beim Oberverwaltungs-



Verbandsklagen

In Nordrhein-Westfalen steht den anerkannten Naturschutzvereinigungen seit dem Jahr 2001 die naturschutzrechtliche Verbandsklage zur Verfügung; flankiert von den Rechtsschutzmöglichkeiten bei Verletzung von Beteiligungsrechten und den Möglichkeiten nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz seit dem Jahr 2006.

Damit kann auch der BUND gegen bestimmte Zulassungsentscheidungen die so genannte Verbandsklage erheben. Ohne eine direkte Betroffenheit nachweisen zu müssen, kann der BUND deshalb als „Anwalt der Natur“ auftreten.

Von dieser Möglichkeit macht der BUND sehr zurückhaltend und bewusst Gebrauch. Zu der von eini-

gericht in Münster zwei neue Klagen gegen das Trianel-Kohlekraftwerk Lünen eingereicht. Die Klagen richten sich gegen die wasserrechtliche und immissionsschutzrechtliche Genehmigung. Am 16. Juni 2016 hat das OVG Münster die BUND-Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung abgewiesen, nachdem Trianel zahlreiche Verbesserungen umgesetzt hatte; eine Revision wurde nicht zugelassen. Dagegen hat der BUND Beschwerde eingelegt. Jetzt muss das Bundesverwaltungsgericht entscheiden.

- **Neubau B 474 - Ortsumgehung Datteln, Kreis Recklinghausen:** Am 17. Januar 2013 wies das Oberverwaltungsgericht Münster eine Klage des BUND aus dem Jahre 2009 gegen das Vorhaben ab. Nach erfolgreicher Revisionsnichtzulassungsbeschwerde hob das Bundesverwaltungsgericht das Urteil auf und verwies die Klage erneut zur Behandlung an das OVG zurück. Dieses wies die Klage am 29. März 2017 erneut zurück; eine Revision wurde nicht zugelassen. Degegen legte der BUND erneut Beschwerde ein, über die das Bundesverwaltungsgericht in 2018 entscheiden wird.
- **Braunkohlentagebau Hambach:** Im März 2015 hat der BUND beim Verwaltungsgericht Köln Klage gegen die Zulassung des dritten Rahmenbetriebsplans zur Fortführung des Tagebaus Hambach von 2020 bis 2030 eingereicht. Der BUND bemängelt insbesondere Verstöße gegen den Artenschutz und eine fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung. Nachdem das Verwaltungsgericht Köln die Klage im November 2017 abgewiesen hat, beantragte der BUND die Zulassung der Berufung.
- **Landebahnsanierung Flughafen Köln/Bonn:** Am 17. Oktober 2017 hat der BUND wegen einer als „Sanierung“ betitelten Baumaßnahme an einer Landebahn des Flughafens Köln/Bonn Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln erhoben. Die Klage richtet sich gegen den Ausnahme- bzw. Erlaubnisbescheid der Kreisverwaltung des Rhein-Sieg-Kreises. Der Bescheid erlaubt massive Eingriffe in die gesetzlich geschützten Biotope und in das Grundwasser.



© D. Jansen

Am 19.12.2016 hatte der BUND NRW gegen die vom Rhein-Sieg-Kreis erteilten Befreiungen von den Festsetzungen des Landschaftsplanes für den Abriss des alten Horstmannstegs und den Neubau einer Brücke mitten in einer ganzen Schutzgebietsansammlung Klage vor dem Verwaltungsgericht in Köln erhoben. In der mündlichen Verhandlung am 21.11.2017 folgte das Verwaltungsgericht Köln dem BUND und stellte den Befreiungsbescheid in vielfacher Hinsicht in Frage. Die Kreisverwaltung Siegburg nahm daraufhin ihren Bescheid noch in der Verhandlung zurück.

- **Errichtung eines Bestattungswaldes im Naturschutzgebiet „Wald an der Burg Heimerzheim“, Rhein-Sieg-Kreis:** Mit Klageerhebung 2015 griff der BUND die Erteilung einer Befreiung von den Ge- und Verboten des Naturschutzgebiets zu Gunsten der Nutzung als Bestattungswald an. Der BUND machte geltend, dass durch diese Nutzung wesentliche Schutzgüter des NSG wie der Greifvogelschutz, aber auch der Schutz von Fledermäusen gefährdet sind. Daraufhin hob das Verwaltungsgericht Köln am 5. September 2017 den Befreiungsbescheid des Rhein-Sieg-Kreises auf.

In 2017 abgeschlossene Klageverfahren

Während die Klagen gegen auch überregional umstrittenen Projekte mitunter mehrere Jahre dauern, entscheiden die Gerichte in „kleineren“ Verfahren mitunter schnell. 2017 gewann der BUND zwei solcher Klagen:

- **Befreiung von den Festsetzungen des Landschaftsplanes für den Abbruch und Neubau des Horstmannstegs in Hennef (Rhein-Sieg-Kreis):**



MEHR ZUM THEMA

Eine komplette Übersicht aller BUND-Klagen, Eilanträge, Verbandsklagen, Verfassungsbeschwerden und Klagen nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz, die in den letzten Jahren geführt wurden bzw. werden finden Sie unter www.bund-nrw.de/verbandsklagen

Es geht um unsere Zukunft...

... und die nehmen wir, die BUNDjugend, selbst in die Hand! Wir glauben an eine Zukunft, die wir durch unseren Einsatz, durch unsere Kampagnen, Aktionen und Projekte mitgestalten und verändern können! Wir setzen uns ein für Themen wie gesunde Ernährung, Klimaschutz, 100 Prozent Erneuerbare Energien, für eine gerechte Globalisierung und ein solidarisches Miteinander.



camp for [future]

Der Sommer 2017 war geprägt von zahlreichen klimapolitischen Protesten im rheinischen Braunkohlrevier. Mittendrin, ganz nah am Tagebau Hambach und dem schätzenswerten Rest des Hambacher Waldes, das camp for [future] der BUNDjugend. Über 200 Jugendliche besuchten das vom 18. bis 29. August dauernde Camp mit seinem bunten Bildungs-, Vernetzungs- und Aktionsangebot.

Den Schwerpunkt der ersten Campwoche bildete ein breites Bildungsprogramm zu Zukunftsthemen wie

Klimaschutz, Feminismus, Migration und Wirtschaft. Hierzu wurde in vielfältigen Workshops gearbeitet, ebenso gab es Exkursionen zum Tagebau und dem Hambacher Wald. Den „in Umsiedlung befindlichen“ nahezu ausgestorbenen Ort Mannheim konnten die Camp-Teilnehmenden zudem täglich erleben. Wie eine solche Zwangsumsiedlung abläuft und was sie für die Betroffenen bedeutet erzählten Betroffene in einer abendlichen Diskussionsrunde. In einer Podiumsdiskussion mit Vertreter*innen der Klimabewegung, von Bürgerinitiativen und der IG BCE zur Zukunft des rheinischen Braunkohlreviers machten viele teilnehmende Jugendliche entsprechend klar, dass sie die Zeit für eine Umkehr aus dieser zerstörerischen Technologie gekommen sehen.

In den abschließenden Aktionstagen des Camps machten sich die Jugendlichen mit verschiedenen Demonstrationen für dieses Anliegen stark. „Mit einer Fahrraddemo um den Tagebau Hambach und unserer Beteiligung an der Rote Linie Aktion wollen wir ein starkes Zeichen für den Klimaschutz und das Ende der Braunkohle setzen“, so Camp-Organisator Malte Stocker. Entsprechend brachten die Jugendlichen ihr Anliegen am Freitag klingelnd und skandierend auf die Straßen rund um den Tagebau Hambach.

Den Höhepunkt des Camps bildete die Mitwirkung an der Rote-Linie-Aktion am Hambacher Wald. Nahezu alle Teilnehmenden zogen mit Bannern und laut skandierend über die Trasse der alten A4 gemeinsam zur Menschenkette: Friedlich, bunt, kreativ und ebenso unüberhörbar für den Klimaschutz streitend. „Uns ist nicht egal, dass ihr unsere Zukunft verfeuert. Wir fordern die Politik auf, heute Verantwortung zu übernehmen. Jetzt muss gehandelt und der Strukturwandel in der Energiewirtschaft sozial und ökologisch gestaltet werden. Schiebt eure Altlasten nicht auf die nächste Generation!“ verdeutlichte Verena Leyendecker von der BUNDjugend entsprechend auf der Abschlusskundgebung der Aktion.

Visionen für die Zukunft – Erfahrungsräume für Freiheit und Verantwortung

Angesichts aktueller Krisen und Herausforderungen ist die Notwendigkeit für Veränderungen unserer Gewohnheiten unübersehbar. Das Wissen allein bewirkt jedoch noch keinen Wandel. Was brauchen junge Menschen, um gewohnte Bahnen zu verlassen, um Ohn-



macht, Frust und Überforderung zu überwinden und in aktives, wirksames Mitgestalten ihrer Zukunft umzuwandeln?

Das BUNDjugend-Projekt „Visionen für die Zukunft“ setzt an diesen Fragen an. Es bietet jungen Menschen Erfahrungsräume, bei denen sie Freiheit ebenso wie Eingebundensein in soziale und ökologische Beziehungsgefüge intensiv erleben. So fanden im Rahmen des mit Landesmitteln geförderten innovativen Projekts im Sommer 2017 zwei 18-tägige „Visionssuchen“ mit 21 jungen Menschen in den Alpen statt. Nach einem gemeinschaftsbildenden Workcamp verbrachten die Teilnehmenden hier drei Tage und Nächte fastend allein in der Natur. Im Anschluss wurden – teilweise im Beisein der Eltern – die in der „Wildniszeit“ erlebten Geschichten geteilt, gespiegelt und in einen sinnstiftenden Kontext gestellt.

Junge Geflüchtete in der BUNDjugend – Mitwirkung & Empowerment

Mit zahlreichen Aktivitäten führte die BUNDjugend 2017 ihre Arbeit mit und für junge Geflüchtete fort. Im Mittelpunkt stand dabei deren Mitwirkung, Empowerment und Stärkung der Selbstorganisation. Viele Geflüchtete sind so ein fester Teil des Verbands geworden, ob bei der „Wir haben satt!“-Demo, dem Skill-Sharing-Camp MaStaMo! oder dem camp for [future] – Menschen mit und ohne Fluchterfahrung gehören fest zum Bild, engagieren sich für Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sowie ein solidarisches Miteinander.

Global Home Tour

Gibt es in unserer Stadt Bezüge zu Flucht? Was können wir von Menschen, die neu hier sind, über die

eigene Stadt lernen? Was hat unser Lebensstil mit Flucht weltweit zu tun? – Das Projekt „Global Home Tour“ wirft diese Fragen auf und regt zu einem neuen Blick auf die Stadt an. Hierzu hat die BUNDjugend in 2017 Gruppen geflüchteter und nicht-gefluchteter junger Menschen zu Multiplikator*innen ausgebildet. Vor Ort haben sich diese ans Werk begeben und als Global Home Tour auf „ihre Stadt“ zugeschnittene Stadtrundgänge ausgearbeitet.

Multi-Schulung-Flucht

Im Rahmen der Multi-Schulung Flucht wurden wie bereits im Vorjahr junge Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte in einer siebenmonatigen Qualifikation zu Multiplikator*innen zu den Themen Flucht, Migration und Umwelt ausgebildet. Die Schulung setzt dabei vielfältige inhaltliche und didaktische Schwerpunkte und vermittelt verschiedene Methoden politischer Bildungsarbeit. In einem intensiven Gemeinschaftsprozess wird so ein multiperspektivisches und tiefgreifendes Verständnis des Themenkomplexes „Flucht“ vermittelt und eine gemeinsame Lernkultur auf Grundlage gegenseitiger Empathie gefördert.

Angesichts seines Modellcharakters wurde das Projekt „Multi-Schulung Flucht“ auf Bundesebene mit dem FAIRWANDLER-Preis in der Kategorie FAIRMITTELN ausgezeichnet. Wir freuen uns über diese Anerkennung und werden in diesem Sinne auch in Zukunft aktiv sein, denn: Unsere Alternative ist Solidarität!



MEHR ZUR BUNDjugend
www.bundjugend-nrw.de





Herzlichen Dank

Zahlreiche Spenderinnen und Spender haben uns im vergangenen Jahr unterstützt – neben den vielen bundesweit ehrenamtlich Aktiven, die unsere Projekte mit viel Herzblut begleiten und voranbringen.

Diese Hilfe ermöglicht es uns, unabhängig, nachhaltig und kontinuierlich für den Natur- und Umweltschutz einzutreten.

Dankbar sind wir auch all jenen, die den BUND NRW mit einer Erbschaft oder einem Vermächtnis bedacht haben.

Ihr Vertrauen und Ihre Spenden sind die Voraussetzung für unsere Erfolge. Bitte helfen Sie uns auch weiterhin!



MEHR ZU SPENDEN
www.bund-nrw.de/spenden

IMPRESSUM

Herausgeber:
Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland
Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.
Merowingerstr. 88
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211/302005-0
Fax: -26,
e-Mail: bund.nrw@bund.net

V.i.S.d.P.:
Holger Sticht,
Landesvorsitzender

Redaktion & Layout:
Dirk Jansen

Beiträge:
Dr. Jochen Behrmann,
Ralf Bilke,
Dr. Judith Förster,
Stefan Förster,
Dirk Jansen,
Paul Kröfges,
Holger Sticht,
Malte Stocker,
Dr. Christine Thiel-Bender
Henry Tünte

BUND-Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
GmbH Köln
IBAN: DE26 3702 05000008204700
BIC: BFSWDE33XXX
Druck: TIAMAT, Düsseldorf

Nachdruck oder sonstige
Verwertung nur mit
Genehmigung des
BUND NRW e.V.

Der BUND im Internet:
www.bund-nrw.de

Düsseldorf, Mai 2018



Mehr Infos: www.bund-nrw.de